

Landes-, Autobahn- und Bundespolizei gefordert Nato-Gipfel strahlt bis nach Weil

Seit Mitte des vergangenen Jahres tagen die Vorbereitungsgruppen bei der Polizei. Immer mehr Beamte werden in die Stabsstellen in Freiburg und Stuttgart abgeordnet – der Nato-Gipfel im April wird auch bis in die Grenzecke für einiges an Mehrarbeit sorgen.

WEIL AM RHEIN (us). Mit einem Polizeiaufgebot von 14 000 Männern und Frauen wird gerechnet, wenn sich am 3. April die Staats- und Regierungschefs, mit ihren Verteidigungs- und Außenministern in Baden-Baden zum Auftakt des Nato-Gipfels treffen. Etwa 6000 Beamte werden dafür direkt von der Landespolizei abgestellt, wie Pressesprecher Karl-Heinz Schmid von der Freiburger Stabsstelle erklärt, was bedeutet, dass jeder vierte Polizist aus Baden-Württemberg im unmittelbaren Umfeld des Gipfels im Einsatz ist.

Selbstverständlich, dass man sich auf das Großereignis auch in Weil bei Landes-, Autobahn- und Bundespolizei vorbereitet. "Wir haben für alle unser Beamten eine Urlaubssperre verhängt", schildert Claus Weibezahl die ersten Maßnahmen im Weiler Polizeirevier. Was im Detail von den Weilern gefordert werde, werde sich erst in den nächsten Wochen zeigen. Bisher hat das Weiler Revier noch keine Mitarbeiter für den Gipfel abgestellt.

Gespannt ist man auch bei der Autobahnpolizei, wie weit man von Weil für den Gipfel benötigt werde, hatte erst vor wenigen Tagen Revierleiter Albert Effinger erklärt, wobei man nach den Erfahrungen mit der Fußballweltmeisterschaft und der EM in der Schweiz im vergangenen Jahr dem Ereignis eher gelassen entgegen sieht. Etwas weiter ist man immerhin bei der Bundespolizei. Nachdem auf französischer Seite bereits beschlossen wurde, dass man die Grenzen während des Gipfels besetzen werde, geht man in Efringen-Kirchen davon aus, man ebenfalls wieder Grenzwachen Richtung Frankreich und zur Schweiz hin aufbauen werde.

Wie weit die Bevölkerung und vor allem die Berufspendler durch solche zusätzlichen Kontrollen beeinträchtigt werde, müsse sich noch zeigen. Die Bundespolizei werde aber frühzeitig auf solche Beeinträchtigungen hinweisen.

Außen vor bleibt der Grenzraum, wenn es darum geht, die insgesamt 14 000 Polizeikräfte unter zu bringen und zu versorgen. Wie Pressesprecher Schmid erklärt, habe man zwar Quartiere bis südlich von Freiburg buchen müssen, um alle Sicherheitskräfte unterbringen zu können. Das Markgräflerland sei dabei aber außen vor geblieben – lässt sich die Ortenau und Baden-Baden von hier aus doch kaum in einer Stunde erreichen, so wie man es für die Sicherheitskräfte als sinnvollen Anmarschzeit anvisiert hat.